

**Niederschrift zur Planungskonferenz Verkehr – Alt-Aumund- des Beirates Vegesack am
Freitag, den 06.02.2026 um 15 Uhr im Sitzungssaal des Ortesamtes Vegesack,
Gerhard-Rohlfis-Straße 62, 28757 Bremen**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

Vorsitz: Gunnar Sgolik

Schriftführung: Sabrina KC

Anwesende Mitglieder

Holger Bischoff	Gabriele Jäckel
Heike Sprehe	Sabine Rosenbaum
Norbert Arnold	Thomas Pörschke
Andreas Kruse	Eyfer Tunc
Maximilian Neumeyer	Ines Schwarz
Ingo Schiphorst	

Abwesende Mitglieder *(kursiv= entschuldigt)*

Fethi Kandaz	Natalie Lorke
<i>Heiko Werner</i>	<i>Nicole Poker</i>
<i>Michael Alexander</i>	

Weitere Gäste

Herr Prasske	Amt für Straßen und Verkehr
Herr Schulze	Amt für Straßen und Verkehr
Herr Fitzner	Verkehrssachbearbeiter bei der Polizei in Vegesack
Herr Möller	Feuerwehr Bremen
Herr Orta	Ordnungsamt Bremen
Herr Wunderlich	Die Bremer Stadtreinigung
Herr Katzke	Die Bremer Stadtreinigung

Herr Sgolik eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass eine Beschlussfähigkeit vorhanden ist.

Zur Protokollerstellung wird die Sitzung in Ton & Bild aufgezeichnet und im Anschluss wieder gelöscht. Herr Sgolik weist darauf hin, dass eine digitale Übertragung grundsätzlich möglich

ist, eine Worterteilung aus dem digitalen Raum jedoch aus technischen Gründen nicht erfolgen kann.

Herr Sgolik begrüßt alle anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten, sowie die Referenten aus den verschiedenen zuständigen Behörden.

Das Konzept der Planungskonferenz wurde vorab dem Gremium zugestellt und für die Öffentlichkeit auf der Homepage des Orsamtes veröffentlicht. Die Zielsetzung wurde damit bereits umfassend dargelegt und bedarf keiner erneuten vollständigen Wiederholung. Im Fokus steht die Anpassung, beziehungsweise die eingehende Analyse der Verkehrs- und Wegeführung. Dabei sollen insbesondere die Hauptverkehrsadern identifiziert und hinsichtlich ihrer Funktionalität bewertet werden. Zudem ist eine kritische Überprüfung der derzeit temporär implementierten Maßnahmen vorgesehen, um deren Wirksamkeit und Effizienz zu beurteilen und gegebenenfalls Optimierungspotenziale aufzuzeigen.

Einziger TOP: Verkehrssituation Alt-Aumund

Gebiet:

- Heinrich-Oebker-Straße
- Aumunder Heerweg 1-49
- Uhthoffstraße 31-47
- Hohle Straße
- In den Wellen / Am Tiefbrunnen
- Zollstraße 1 – 29

Inkludierte Straßen

- Johann-Lange-Straße
- Ritterkamp
- Kleine Breite 1-7
- An der Aumunder Kirche 1 – 22
- Borchardingstraße
- Altaumunder Straße
- Theodor-Neutig-Straße
- Johann-Fromm-Weg
- Borchshöher Straße (bis Ecke Hammersbecker Straße)

Theodor-Neutig Straße

Hierzu gibt es einen Bürgerantrag. Antragssteller war Rechtsanwalt Herr Bardua in Vertretung für die Anwohner:innen der Straße.

Die Theodor-Neutig-Straße ist aktuell aufgrund der Baustelle Brücke Hermann-Fortmann-Straße, eine temporäre Einbahnstraße. Diese soll mit dem Bürgerantrag verstetigt werden.

Herr Prasske vom Amt für Straßen und Verkehr (ASV) erklärt, dass die Einbahnstraßenregelung im Zusammenhang mit der Sperrung der Hermann-Fortmann-Straße eingeführt wurde und seitdem von der Straßenverkehrsbehörde sowie den Beteiligten überwiegend positiv bewertet wird. Der besagte Bürgerantrag mit unterstützender

Seite 2 von 13

Unterschriftenliste liegt vor, sodass eine dauerhafte Einbahnstraßenregelung möglich erscheint. Ein entsprechender Plan könnte zeitnah erstellt und zur Anhörung gegeben werden.

Anwohner:innen der Theodor-Neutig-Straße ergänzen, dass die Einführung der Einbahnstraßenregelung in der betreffenden Straße zu einer deutlichen Verbesserung der Verkehrssituation geführt hat, indem Aggressivität, Lärm und Konflikte zwischen Autofahrern stark reduziert wurden. Der Verkehr fließt nun weitgehend störungsfrei, was auch die Schulwegsicherung verbessert und die Emissionen, insbesondere den Lärm, deutlich verringert. Aus Sicht der Fahrradfahrer bleibt die Straße aufgrund ihrer Enge jedoch angespannt, da oft kein ausreichender Sicherheitsabstand eingehalten wird, was viele dazu veranlasst, auf den Bürgersteig auszuweichen. Insgesamt hat die Einbahnstraße jedoch zu einer Entzerrung des Verkehrs und einer Entlastung der Fußgängerbereiche beigetragen.

Herr Schulte im Rodde berichtet, dass die Einbahnstraßenregelung zu einer erhöhten Fahrgeschwindigkeit von etwa 30 km/h geführt hat, wodurch die Straße sich zu einer Art Rennstrecke entwickelt hat. Er bittet bei Beibehaltung der Einbahnstraßenregelung begleitende Maßnahmen, wie wechselseitige Parkbuchten, einzuführen, um den ruhenden Verkehr zu ordnen und somit eine wirksame Verkehrsberuhigung zu erreichen.

Herr Prasske erklärt, dass eine offizielle Freigabe der Einbahnstraße für den gegenläufigen Radverkehr als sinnvoll erachtet wird, da die Straßenbreite dies zulässt und eine wichtige Abkürzung darstellt. Vorschläge wie die Einrichtung eines separaten Radwegs auf einem Gehweg lehnt Herr Prasske aufgrund der fehlenden Breite und rechtlicher Vorgaben ab.

Herr Möller vom Allgemeinen Deutscher Fahrrad-Club (ADFC) beschreibt eine Gefährdungssituation durch das Parken auf der linken Straßenseite nahe der Aumunder Kirche, die durch ein Halteverbot oder alternierendes Parken entschärft werden könnte.

Frau Schwarz schlägt vor das Parken nur auf einer Seite zu erlauben, um auf der anderen Seite ausreichend Platz für den Radverkehr zu schaffen. Herr Prasske erklärt hierzu, dass Radfahrer entgegen der Einbahnstraße fahren dürfen, was zu Konflikten führen kann. Ein halbseitiges Parkverbot auf der einen und durchgängiges Parken auf der anderen Seite könnte zu Problemen mit Geschwindigkeit und Lärm führen. Stattdessen soll im Betriebsplan geprüft werden, wo alternierende Parkplätze mit ausreichend Platz für Ein- und Ausfahrten sowie eine flüssige Verkehrsbewegung möglich sind.

Herr Sgolik trägt folgenden Beschlussvorschlag vor:

1. Der Beirat begrüßt die Planung des Amtes für Straßen und Verkehr für die Theodor-Neutig-Straße und bittet darum, eine Anhörung zu erstellen, in welcher die dauerhafte Verstetigung der Einbahnstraßenregelung dargestellt werden soll.
2. Die Bedarfe der Radfahrer sollen verstärkt berücksichtigt werden.
3. Alternierendes Parken soll beidseitig geprüft werden, insbesondere Richtung Zollstraße.

Der Beirat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu. Dem Bürgerantrag ist entsprechend vollständig entsprochen worden.

Uhthoffstraße – Hohle Straße

Das Gremium befasst sich mit einem eingebrachte Thema Herrn Arnolds in Ergänzung zum Bürgerantrag von Herrn Bormuth vom 18.06.2025. Bemängelt wird hier die gefährliche Situation für Radfahrer:innen, da der Weg viel zu schmal ist und sie daher gezwungen sind auf der Straße zu fahren. Die Autofahrer:innen sind auf selbiger mit Tempo 50 unterwegs.

Herr Prasske erklärt hierzu, dass die dauerhafte Einführung von Tempo 30 eine gesetzliche Grundlage erfordert, die üblicherweise durch das Vorhandensein sozialer Einrichtungen oder eine qualifizierte Gefahrenlage begründet wird. Im betrachteten Bereich liegen jedoch keine Unfalldaten vor, die eine Gefahrenlage durch zu hohe Geschwindigkeit belegen. Eine alternative Begründung könnte der Lärmschutz sein, wofür jedoch ein Lärmgutachten notwendig wäre, das eine gesundheitsschädigende Lärmbelastung bei Tempo 50 nachweist. Dieses Gutachten könnte auch auf Basis der aktuellen Tempo-30-Situation erstellt und hochgerechnet werden, wie es bereits in anderen Fällen, etwa in der Georg-Gleistein-Straße, praktiziert wurde.

Folgender Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen:

1. Das Amt für Straßen und Verkehr wird aufgefordert, mögliche Lösungen zur Absicherung des Radverkehrs in der Uhthoffstraße vorzulegen.
2. Das Thema wird zur weiteren Beratung in den Verkehrsausschuss verwiesen.

An der Aumunder Kirche – Heinrich Oebker-Straße

Herr Kruse wünscht sich an der Stelle eine Querungshilfe, insbesondere für die Kinder des Kindergartens auf der einen, und der Grundschule auf der anderen Seite.

Frau Sprehe ergänzt hier noch die Einmündung Friedrich-Lürssen-Straße Heinrich-Oebken-Straße, die aufgrund der vorhandenen Kurve und Tempo 50 als sehr gefährlich wahrgenommen wird.

Ohne weiteren Aussprachebedarf wird folgender Beschluss einstimmig gefasst:

- 1. Das Amt für Straßen und Verkehr wird aufgefordert, an der Überwegung An der Aumunder Kirche – Heinrich-Oebker-Straße eine Überquerungshilfe, gegebenenfalls eine Ampellösung, zu prüfen.**

Borcherdingstraße

Hierzu haben die Eheleute Wittkopp einen Bürgerantrag eingereicht, der in Teilen mit in die Planungskonferenz einbezogen werden soll. Bei dem Bürgerantrag geht es unter anderem um die Schaffung von rechtskonformen Parkmöglichkeiten für die Anwohner:innen des Bereichs.

Herr Prasske erläutert, dass er sich dem Bürgerantrag bereits angenommen hat und rechtlich keine Möglichkeiten sieht, um das Parken in der Straße rechtssicher zu machen. Aufgrund der geringen Breite der Straße ist das Parken dort gesetzlich verboten (absolutes Halteverbot).

Herr Wittkop ergänzt die vorliegenden Informationen noch um den Hinweis der vielen Parker von Extern (Schule, Fußgängerzonenbesucher etc.). Des Weiteren ist mit höherem Parkdruck zu rechnen, wenn das dort befindliche ehemalige Kirchengebäude von Immobilien Bremen vermarktet ist.

Herr Pörschke möchte vom Ordnungsamt wissen, ob es eine Priorisierung von Straßen bezüglich Falschparken gibt. Würde es für die Kolleg:innen des Ordnungsamtes Sinn machen in gewissen Straßen trotz zu schmaler Straße ein Halteverbotsschild aufzustellen? Herr Neumeyer schließt sich den Fragen an und möchte zusätzlich wissen, ob das Problem der Borcherdingstraße überhaupt beim Ordnungsamt bekannt ist.

Herr Orta vom Ordnungsamt erklärt, dass ihn die Borcherdingstraße bzgl. einer Parkproblematik nicht bekannt ist. Für die genannte Straßen der Sitzung, An der Aumunder

Kirche bzw. Ritterkamp hatte das Ordnungsamt 2024/2025 jeweils 5 Meldungen. Fokussiert werden die Straßen Gerhard-Rohlf's-Straße, Zur Vegesacker Rampe, Kimmstraße von den Kolleg:innen des Ordnungsamtes geprüft.

Herr Wittkop macht dem Gremium nochmal klar, dass es ihm in Prinzip nicht um das Halteverbot geht, sondern eher um die Parkmöglichkeiten für Anwohner (Anwohnerparken). Auf den dort ansässigen Grundstücken sind kaum Abstellflächen für Autos vorgesehen.

Herr Katzke von der Bremer Stadtreinigung (DBS) erklärt, dass die einzige Möglichkeit ist Leuten von Ihren Fehlern lernen zu lassen, wenn sie Bußgelder zahlen müssen. Er berichtet von gemeinsamen Aktionen in bekannten zugeparkten Straßen mit dem Ordnungsamt. Aber eine große Problematik zur Regelmäßigkeit sind die engen Personalkapazitäten in beiden Einrichtungen.

Herr Prasske stellt in Aussicht das Gebiet Borchardingstraße in „Parken in Quartieren“ aufzunehmen.

Herr Sgolik bringt folgenden Beschlussvorschlag ein:

- 1. Das Ordnungsamt wird gebeten, den Bereich Borchardingstraße konsequent und regelmäßig zu kontrollieren und die Priorisierung für die Borchardingstraße entsprechend anzupassen.**
- 2. Das Amt für Straßen wird um Prüfung gebeten, wie das Problem des Parkens gelöst werden kann, da hier eine Problemlage für Rettungs- und Dienstfahrzeuge besteht. Dazu sollen die Möglichkeiten des sogenannten „Parken in Quartieren“ vergleichbar mit der Bremer Neustadt geprüft und das Ergebnis mitgeteilt werden.**

Der Beirat stimmt dem Beschluss einstimmig zu.

Ritterkamp - Johann-Lange-Straße

Einleitend erklärt Herr Sgolik die Verkehrssituation an der Johann-Lange-Straße und dem Ritterkamp. Die Situation ist aufgrund von Einfahrtsbeschränkungen komplex, insbesondere im Bereich des Schuleingangs der Grundschule Alt-Aumund. Trotz einer vor zwei Jahren eingeführten unechten Einbahnstraße zur Entlastung und Verbesserung der Schulwegsicherung führen Fehlverhalten einzelner Verkehrsteilnehmer weiterhin zu Problemen. Aufgrund zahlreicher Bürgerbeschwerden und Anfragen der Schulleitung soll die

Verkehrsführung überprüft werden, wobei die Möglichkeiten zur weiteren Beschilderung begrenzt sind.

Herr Sgolik begrüßt hierzu Frau Lembke, Schulleiterin der Grundschule Alt-Aumund und die Elternbeiratsvertreterin Katrin Schultz.

Nicole Lemke, Schulleiterin der Ganztagschule mit über 300 Schülern, darunter auch Kinder mit geistiger Entwicklungsbeeinträchtigung, beschreibt die Problematik der Elterntaxi, das den Schulweg und die angrenzenden Straßen stark belastet. Sie plädiert dafür, dass Eltern ihre Kinder nicht mit dem Auto bis vor die Schule fahren dürfen, um die Verkehrssituation zu entschärfen, und schlägt vor, den Fahrzeugverkehr auf Anwohner, Mitarbeitende und Fahrdienste für beeinträchtigte Kinder zu beschränken.

Herr Prasske erklärt, dass die schmalen Straßen im Gebiet, wie der Ritterkamp und die Johann-Lange-Straße als Einbahnstraße, bereits den Autoverkehr begrenzen. Das Anliegen, den Verkehr auf bestimmte Personengruppen wie Lehrer, Eltern mit eingeschränktem Zugang und Anlieger zu beschränken, kann nicht unterstützt werden. Da es sich um öffentlich gewidmete Straßen handeln, ist eine differenzierte Beschilderung mit Ausnahmen schwierig umzusetzen, da Anlieger alle Personen einschließen, die die Straße nutzen wollen, nicht nur Durchfahrende. Somit lassen sich Verkehrsverbote nicht effektiv durchsetzen, ohne bestimmte Nutzergruppen auszuschließen.

Frau Schultz, Elternvertreterin der Grundschule Alt-Aumund beschreibt die Situation vor der Schule. Sie ist durch enge Straßen und nur einseitige, oft unsichere, Gehwegen geprägt, die teilweise von parkenden Autos blockiert werden, was die Sicherheit der Kinder gefährdet. Trotz wiederholter Gespräche mit Eltern bleibt das Problem bestehen. Ein neues Konzept aus Hamburg, das auf einer Änderung der Straßenverkehrsordnung basiert und Schulstraßen mit besonderem Schutz ausweist, schlägt sie als mögliche Lösung vor. Frau Schultz betont, dass die Verantwortung nicht allein bei Schule und Eltern liegen darf, sondern eine gesetzliche Regelung notwendig ist, um die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg zu gewährleisten.

In Bremen wird derzeit ein Pilotprojekt geplant, bei dem an drei bis vier Schulen Maßnahmen wie Elternverbotszonen getestet werden sollen, um die Verkehrssituation vor den Schulen zu entschärfen. Dabei orientiert man sich an Erfahrungen aus dem Nachbarort Oyten, wo Eltern angewiesen werden, ihre Kinder nicht direkt vor der Schule mit dem Auto abzusetzen, sondern in einem näheren Umkreis. Die Testergebnisse stehen noch aus, da die Umsetzung erst begonnen wurde und von der Bürgerschaft initiiert wurde.

Herr Pörschke berichtet von einer Beobachtung in Italien. Vor einer Schule wurde der Verkehr für eine halbe Stunde komplett gesperrt, während ein Streifenwagen dafür sorgte, dass die Kinder sicher und gut gelaunt das Schulgebäude betreten konnten. Dieses Vorgehen, obwohl in Italien ungewöhnlich streng, bewertet er als positiv, da es zeigt, dass unkonventionelle Maßnahmen notwendig sind, um Veränderungen im Verkehrsverhalten zu bewirken, auch wenn eine flächendeckende Umsetzung schwierig ist.

Herr Schulte im Rodde bringt nochmal die aktuelle neu gestaltete Situation vor. Es besteht eine unabgestimmte unkoordinierte Einbahnstraßenregelung, die jede für sich genommen ihre Berechtigung hat, aber sie in der Summe auch zu diesem Problem vor der Schule führt. Grundsatz ist Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Herr Schulte im Rodde betont, dass er nicht für die schnellen Autos propagieren möchte, aber im Rahmen dieses vorgeschlagenen Quartierskonzeptes in der Überprüfung gehört seiner Meinung nach in die erste Stufe, dass man nochmal die Richtungen der Einbahnstraßen überprüft, vielleicht aufeinander abstimmt und dann sich den gesamten Maßnahmenpaket, das von der Elternvertretung vorgeschlagen worden ist, richtig mitdenkt.

Herr Schiphorst äußert Verständnis für die Problematik der Elterntaxis, und erkennt an, dass die aktuellen Verkehrsregelungen das Problem nicht lösen können. Er sieht in der Einführung einer Schulstraße, idealerweise durch eine beschleunigte Einbeziehung der betroffenen Schule in die laufende Versuchsphase, eine mögliche Lösung, und hält eine bloße Überprüfung der Einbahnstraßenregelungen für unzureichend. Zudem betont er, dass die bauliche Situation der Fußwege untragbar ist und unabhängig vom Schulstraßenkonzept dringend verbessert werden muss, um sichere Schulwege zu gewährleisten.

Das Publikum stellt nochmal die Problematik der Elterntaxis und der Parksituation vor Schulen dar. Es wird betont, dass Eltern ihre Kinder zwar gerne bringen dürfen, sich dabei aber an festgelegte Absetzpunkte halten sollten, um Verkehrschaos und Gefährdungen zu vermeiden. Bisherige Maßnahmen wie Informationsflyer und Bußgeldandrohungen zeigten nur begrenzten Erfolg, weshalb eine verstärkte Präsenz von Polizei und Ordnungsamt zu den Stoßzeiten als kurzfristige Entlastung seitens des Elternvereins gefordert wird. Das Schulstraßenkonzept, das den Verkehr während bestimmter Zeitfenster komplett sperrt, wird als vielversprechender Ansatz angesehen.

Das Thema Sicherheit an Schulen, Grundschulen und Kindergärten ist laut Herrn Orta bekannt, wurden in Kattenturm beispielsweise bereits kurzfristig durchgeführt, bei denen Halte- und

Parkverstöße sowie Verstöße gegen Kindersitzpflicht geahndet wurden. Diese Maßnahmen zeigten kurzfristig Wirkung, sind jedoch aufgrund Personalmangel täglich durchführbar.

Herr Sgolik stellt fest, dass aufgrund der Abwesenheit eines Beiratsmitgliedes das Gremium nicht mehr beschlussfähig ist. Es wird Einvernehmen darüber erzielt, dass Beschlussempfehlungen ausgesprochen und diese anschließend im Umlaufverfahren ordnungsgemäß beschlossen werden.

Der Beirat stimmt folgendem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

1. **Das Amt für Straßen und Verkehr wird aufgefordert zu prüfen, ob eine Schulstraße im Bereich Ritterkamp - Johann-Lange-Straße eingerichtet bzw. ob die Grundschule Alt-Aumund in das Modellprojekt „Schulstraße“ aufgenommen werden kann, da sie aufgrund der prekären Verkehrssituation einer besonderen Aufmerksamkeit bedarf.**
2. **Weiterhin mögen die Richtungen der vorliegenden Einbahnstraßen geprüft und gegebenenfalls angepasst werden.**
3. **Die Polizei Bremen und das Ordnungsamt werden gebeten, die Schulwegsicherung nach Kräften dauerhaft zu unterstützen und Fehlverhalten aufzuzeigen.**
4. **Weiter wird das Thema in den Verkehrsausschuss verwiesen.**

Der Beschluss soll im Umlaufverfahren beschlossen werden.

Kreuzungsbereich Zollstraße – Heinrich-Oebker-Straße – Aumunder Feldstraße

Herr Arnold erinnert an die Wiederherstellung der farblichen Markierungen im Kreuzungsbereich (Aufstellfläche für Fahrradfahrer:innen). Herr Schulze vom ASV erklärt, dass das ASV als Straßenbauträger angehalten ist die Firmen nachhaltig aufzufordern Baustellen wieder so herzustellen, wie sie vorgefunden wurden. Explizit an dieser Stelle wurde das bisher noch nicht erneut gemacht, da der Glasfaserausbau noch nicht erledigt war. Dies ist nun aber auch abgeschlossen und das ASV wird der Wiederherstellung nochmal nachgehen.

Es besteht allgemeiner Konsens darüber, folgenden Beschlussvorschlag zu erstellen:

1. **Der Beirat bekräftigt seinen bisherigen Beschluss vom xx.xx.xxxx zu der Wiederherstellung der Markierungsarbeiten an der Kreuzung Zollstraße – Aumunder Feldstraße.**

Anmerkung der Protokollführung:

Es gibt keinen Beschluss zu den Markierungsarbeiten an der genannten Kreuzung. Das Thema wurde lediglich als Hinweis in zwei Sitzungen des Ausschusses für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten aufgenommen.

Der Beschlussvorschlag soll im Umlaufverfahren beschlossen werden.

Zollstraße; Kreuzung In den Wellen – Borchshöher Straße

Die Sichtachse in der Verkehrssituation In den Wellen - Borchshöher Straße ist durch eine Verkehrsinsel und mehrere graue Postablagekästen an der Ecke eingeschränkt. Eine Verlegung der Verkehrsinsel näher an die Grundstücksgrenzen und Zäune könnte die Sicht verbessern, wobei die Situation auf der gegenüberliegenden Straßenseite schwieriger zu lösen ist.

Herr Kruse erinnert an die Abbiegeproblematik von der Borchshöher Straße kommend von der Martinsheide in die Zollstraße. Die Kraftfahrzeugführer:innen, insbesondere die Autotransporter aus den ortsansässigen Autohäusern in der Martinsheide, kommen regelmäßig mit den Hinterreifen auf den Bordstein und drücken diesen mit schwerem Gewicht runter.

Frau Sprehe gibt zu bedenken, dass durch die Verstetigung der Einbahnstraßenregelung in der Theodor-Neutig-Straße der Verkehr von der Martinsheide über Borchshöher Straße zur Heinrich-Oebken-Straße bzw. Aumunder Feldstraße über die Zollstraße gesteuert wird. Hier gibt es bereits den Bürgerantrag von Herrn Boddenberg, der die Zollstraße schon länger als Rennstrecke betitelt.

Herr Möller (ADFC) erklärt, dass der Abschnitt von der Borchshöher Straße zur Johann-Lange-Straße insbesondere für Schüler eine gefährliche und unklare Situation für Radfahrer darstellt. Anfangs ist das Radfahren auf dem Geh- und Fußweg Richtung Vegesacker Schwimmbad noch möglich. Später jedoch, aufgrund von aufgesetztem Parken, nicht mehr. Es wird empfohlen, durch Piktogramme klarzustellen, dass Radfahrer von Beginn an die Straße benutzen sollen, um Sicherheit zu erhöhen und Fußgänger zu entlasten.

Verkehrsberuhigende bauliche Maßnahmen führen laut Herrn Schulz (ASV) häufig zu einer Verschlechterung der Beschwerdelage, da Fahrzeuge vor den Maßnahmen abbremsen, darüberfahren und anschließend stark beschleunigen, was negative Effekte verursacht. Zudem entstehen durch das Abbremsen und Überfahren erhebliche Schäden an den Anlagen,

die einen hohen Erhaltungsaufwand erfordern, weshalb solche Maßnahmen heute meist nicht mehr umgesetzt werden.

Herr Arnold ruft die Parkplatzsituation in der Zollstraße nochmal in Erinnerung und bringt den Vorschlag ein, dass die Johann-Lange-Straße auch von den Anwohner:innen der Zollstraße als Parkfläche genutzt werden kann und sollte. Unter der aktuellen Parksituation in der Zollstraße kommt es immer wieder bei größeren/ breiteren Fahrzeugen zu gefährlichen Situationen.

Frau Schwarz schlägt vor in der Hammersbecker Straße Richtung Dobbheide komplettes Halteverbot zu regeln, damit zukünftig die Autotransporter und der ÖPNV problemlos die Straße passieren können und die Zollstraße hier vom Schwerlasttransport entlastet wird.

Herr Sgolik unterbreitet folgende Beschlussempfehlung, die im Nachgang im Umlaufverfahren beschlossen werden soll.

1. Im Bereich In den Wellen – Borchshöher Straße soll der Bereich der Postablagekästen, hinsichtlich der Sichtachsen, eine Verbesserung geprüft werden.
2. Der Beirat Vegesack fordert das Amt für Straßen und Verkehr auf zu prüfen, ob und in welcher Form ein Ausschluss des Schwerlastverkehrs aus der Zollstraße rechtlich und tatsächlich umsetzbar ist, mit dem Ziel, die Verkehrssituation nachhaltig zu entlasten und die Verkehrssicherheit zu erhöhen. In diesem Zusammenhang wird der bereits gefasste Beschluss für den Bereich Borchshöher Straße ausdrücklich bekräftigt.
3. Das Amt für Straßen und Verkehr wird gebeten in der Zollstraße die Parksituation, zwecks Reduzierung/ Einhaltung der Geschwindigkeit und zur besseren Passierbarkeit für Fußgänger und Fahrradfahrer, zu prüfen.
4. Darüber hinaus soll geprüft werden, inwieweit großflächige Halteverbotszonen – insbesondere in der Hammersbecker Straße – erforderlich und umsetzbar sind, um das Rangieren und Ausweichen von Lkw zu erleichtern. Ziel ist es, den Verkehrsfluss zu verbessern sowie das sichere Passieren von Linienbussen und Schwerlastfahrzeugen in der Hammersbecker Straße zu gewährleisten.
5. Es ist insbesondere zu prüfen, wie durch geeignete Beschilderung, verkehrsrechtliche Anordnungen sowie die Aktualisierung der Navigationssysteme gewährleistet werden kann, dass Lkw-Fahrer die vorgesehenen Routen nutzen.

Borchshöher Straße – Einmündung Borchsholt

Zunächst wünscht Herr Arnold sich auf der Höhe ab Autobahnüberquerung der Borchshöher Straße inklusive der Theodor-Neutig-Straße eine Fahrradsstraße. Das Gremium unterstützt den Wunsch lediglich in Form einer Anfrage bzw. Thematisierung in einem folgenden Verkehrsausschuss.

Weiter geht es mit der Einmündungssituation Borchsholt auf die Borchshöher Straße. Hier wurde bereits durch eine beschlossene Maßnahme des Verkehrsausschusses nach mehrfach abgefahrenen Pfählen und Warnbaken eine schraffierte Fläche gesetzt, damit dieser Bereich nicht mehr als Parkfläche genutzt wird. Die Lösung hat aber lediglich dafür gesorgt, dass die Autos nun mehr in den Kreuzungsbereich der Hammersbecker Straße parken und somit jeglicher fließende Verkehr behindert wird. Die anwesenden Kollegen der DBS bestätigen diese Problematik.

Herr Neumeyer sieht lediglich drei Möglichkeiten, um eine Lösung für die Problematik zu schaffen:

- Schraffierte Fläche vergrößern
- Verstärkte Kontrollen durch das Ordnungsamt
- Komplette Maßnahme rückgängig machen

Herr Kruse erinnert an die bereits gefassten Beschlüsse zur Verkehrssituation auf der Borchshöher Straße:

Beschluss vom 13.11.2023: Radwegmarkierung und Fahrradpiktogramme

Beschluss vom 02.09.2024: Alternierendes Parken

Beschluss vom 02.03.2025: Baumnase statt schraffierter Fläche

Herr Sgolik formuliert folgenden Beschlussvorschlag, der im Anschluss über das Umlaufverfahren beschlussfähig werden soll:

- 1. Das Amt für Straßen und Verkehr wird gebeten, den Kreuzungsbereich Borchshöher Straße - Borchsholt in Hinblick auf die Verkehrssicherheit und den Verkehrsfluss zu überprüfen, da die momentan getroffenen Maßnahmen beides nicht gewährleisten können.**

Herr Sgolik bedankt sich bei allen Teilnehmenden und beendet die Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:30 Uhr



Gunnar Sgolik
(Vorsitz)



Heike Sprehe
(Beiratssprecherin)



Sabrina KC
(Schriftführung)

